

Saale-Zeitung

Dreißigste Jahrgang.

werd. 2. 7. 1919. 3. 1919. 4. 1919. 5. 1919. 6. 1919. 7. 1919. 8. 1919. 9. 1919. 10. 1919. 11. 1919. 12. 1919. 13. 1919. 14. 1919. 15. 1919. 16. 1919. 17. 1919. 18. 1919. 19. 1919. 20. 1919. 21. 1919. 22. 1919. 23. 1919. 24. 1919. 25. 1919. 26. 1919. 27. 1919. 28. 1919. 29. 1919. 30. 1919. 31. 1919.

Je Stelle monatlich bei zweimaliger Auslieferung 1.00 Mark, vierteljährlich 3.00 Mark, durch die Post 4.00 Mark. Einmalige Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Die Abrechnung erfolgt nach dem tatsächlichen Verbrauch. Die Abrechnung erfolgt nach dem tatsächlichen Verbrauch.

Beratung der Kreditvorlage.

Die Finanzpolitik des Reichsministers Schiffer. — Die deutsche Papiergeldwirtschaft. — Nozke gegen A- und S.-Rätk und die spartakistischen Treibereien. — Verlängerung des Waffenstillstandsvertrages.

Weimar, 15. Februar.

Präsident Ehrenbach eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 20 Minuten. Ministerpräsident Scheidemann erklärt, die Reichsregierung ist bereit, die Interpellation Feinze über den Waffenstillstand in den nächsten Tagen zu beantworten.

Dann tritt das Haus in die Tagesordnung ein. Reichsminister für das Reichswirtschaftsamt Dr. Schiffer: Die Vorlage, die ich als erste der Nationalversammlung zu unterbreiten habe, sieht einen Kredit von 25 Milliarden und 300 Millionen

vor. Die 300 Millionen sollen für Haus- und Wohnungszwecke dienen. Im Oktober vorigen Jahres stand das Reich vor der Erfindung seiner Mittel. Es wurde deshalb eine vom Bundesrat angenommene Kreditvorlage über 15 Milliarden dem Reichstag überhandelt. Dafern die Revolution, und der Einmarsch wurde nicht mehr verabschiedet. Das Reich bot deshalb — denn es ist eine juristische Person und als solche wechselfähig — der Reichsbank seine Wechsel an. Die honorierte sie und gab auf Grund davon Banknoten aus. Wenn angefordert werden, werden diese ebenfalls nach 10 Milliarden. Die Ausgaben, die auf diese Kredite schon geteilt worden sind, bedürfen selbstverständlich Ihrer Zustimmung. Die materielle Seite der Frage werde ich mit rückhaltloser Offenheit darlegen. Ich werde unsere Karten, ich werde unsere Bücher offen auslegen. Ich werde handeln wie ein ehrlicher, anständiger und reeller Kaufmann.

Was aber unseren Gegnern recht ist, das muß unserem Volk gegenüber billig sein. Zwischen Regierung und Volk muß auch in finanzieller Beziehung Ehrlichkeit, Wahrhaftigkeit und rückhaltloses Vertrauen herrschen. Deshalb werde ich mit unbegrenzter, vielleicht grausamer Offenheit zu Ihnen sprechen. Ich will damit jedem selbstverständlichen Optimismus entgegenreten, der leider immer noch in weiten Schichten unseres Volkes herrscht, die sich offenbar noch nicht vollständig klar sind über die Bedeutung und die Schwierigkeit der Lage. Die Summe aller Anleihekredite, die uns heimlich werden sind, beträgt mehr als 140 Milliarden. Hierzu treten an Staatsanleihen 6 Milliarden. Zusammen beträgt der Anleihekredit, der uns bis Oktober zur Verfügung stand, 146 Milliarden. Diese Kredite sind flüssig gemacht worden durch Kriegsanleihe im Betrage von beinahe 95 Milliarden und durch Bundesobligationsanleihen von 51 Milliarden. Außerdem, und das ist ein Posten von ganz besonderer Höhe und schwerwiegender Bedeutung, haben wir ausgegeben Schatzanweisungen und Reichsschwechsel in dem ungeheuren Betrage von über 58 Milliarden.

Damit haben wir die benötigten Kredite um 5 Milliarden überschritten. Dazu treten noch Kredite an unsere Bundesgenossen und von Neutralen im Betrage von 25 Milliarden. Wir erhalten damit eine Gesamtsumme von 161 Milliarden und hätten danach die uns benötigten Kredite um 14 Milliarden überschritten. Diese Ausgaben stellen ohne Rücksicht auf die Verzinzung die effektivsten Kriegskosten dar. Die Ausgaben sind in den Kriegsjahren beinahe regelmäßig angefallen. Wir verbrauchten 1914 in fünf Monaten 7,5 Milliarden, 1915 20 Milliarden, 1916 26,6 Milliarden, 1917 39,5 Milliarden, 1918 45,6 Milliarden. Die Methode unserer Kriegsanleiherung halte ich

in mindestens nicht für tadellos. Man hatte an einen kurzen Krieg gedacht, und es erwies sich als zeitlich und über den Kopf wach, jetzt sind wir mehr und mehr, daß wir dem nicht gewachsen waren. Ich finde damals Unklugheit verkleinert und dadurch gerechtfertigt worden, die auch moralisch sehr ansehbar waren.

Bestehende Zustimmung.) Ich kann das Reich von dem Vorwurf nicht freisprechen, daß durch die mangelhafte Finanzierung diesen Strömungen Vorschub geleistet wurde. Als neues Moment kam damals das Sündenbrotprogramm, das ich militärisch nicht kritischen will, wirtschaftlich betrachtet war es aber ein Programm der Verzweiflung

und hat ungeheuren Schaden angerichtet. Die Hoffnung auf ein Sinken der Ausgaben nach Kriegsende hat sich nicht verwirklicht. Es kam zu vielen durchaus unbedingten Streiks, die die produktive Arbeit hinderten. Ein wahnsinniges Wettrüsten war die höchste Wahn der Demobilisierung. Sie ist sehr zum größten Teil durchgeführt. Von dem Schillionsenher Ende 1918 nur noch 3 Millionen unter Waffen, Ende vorigen Monats nur noch eine Million. Die Demobilisierung aber erforderte weit höhere Kosten als veranschlagt waren. Dazu kamen die gewaltig gestiegenen Ausgaben für die Erhöhung der Löhne, für den Grenzschutz, für den Reichsanteil an der Erwerbslosenunterstützung, die von 17 Millionen im Dezember 1918 auf 67 Millionen im Februar 1919 stiegen, für die Kriegsmohlschutzpflege und für die Beamtenentlohnungszulagen.

Zu den Ausgaben tragen auch die Arbeiter- und Soldatenräte bei.

Fristverlängerung zur Annahme der Waffenstillstandsbedingungen.

Weimar, 15. Februar. Marschall Foch hat der deutschen Waffenstillstandskommission für eine Verlängerung des Waffenstillstands Bedingungen vorgeschlagen. Das Abkommen sollte mit dreißigtägiger Frist fähbar sein. Durch Uebermittlungsschwierigkeiten ist die Mitteilung der Waffenstillstandskommission mit wesentlicher Verzögerung nach Weimar gekommen, so daß die von Marschall Foch bis 6 Uhr abends bemessene Frist für die Beantwortung nicht eingehalten werden konnte. Die Reichsregierung hat daher eine Fristverlängerung um 24 Stunden verlangt.

Äußerungen der Pariser Hezpresse.

Bern, 15. Februar. Die ganze französische Presse begrüßt die vom Obersten Kriegsrat eingeschlagene scharfe Haltung gegen Deutschland anläßlich des neuen Waffenstillstandsvertrages. „Echo de Paris“ erwartet von der kommenden Etappe, daß die Blockade so weit verlängert werde, um Amerika zu gefährden. Lebensmittelnot in den Handel zu bringen. Die Blätter erwarten, daß die Bedingungen, so sehr man sich auch gegen ihre Härte sträubt, in Weimar angenommen werden. Soweit sie Deutschland gefällig müßten, seien sie durchführbar. Die Durchführbarkeit hängt nur von den deutschen Behörden ab. „Compas“ und „Sonne d'Or“ führen eine wahrhaft spitzige Sprache, indem sie davon sprechen, daß Deutschland in die Lage versetzt werde, sich in sich selber „auf Arbeit wieder aufzurichten“. Das Blatt „Clemenceau“ sagt dies noch deutlicher, wenn es schreibt, daß die Stunde nun einmal da sei, wo Fettes und Darchochtes hergestellt werden müßte. Wie werden Vorkorrekturen treffen, sagt das Blatt, wogegen Deutschland nicht wird protestieren können. Gegen die von einer großen Anzahl von Blättern herorgehobene Forderung, der neue Waffenstillstand solle bereits eine Etappe des Fortschritts dar, protestiert „Journal“. Der Waffenstillstand könne nicht als Vorkorrekturen bezeichnet werden. Der Fortschritt müsse eine den zusammenfassenden Wünschen der Entente entsprechende Forderung sein. Somit müßte Deutschland den wirtschaftlichen und diplomatischen Kampf mit vollem Magen wieder aufnehmen. Wie können nicht glauben, daß uns ein solcher Waffenstillstand vorgelegt wird.

Viele Arbeiter- und Soldatenräte haben aber auch ihre finanziellen Pflichten gegenüber dem Reich in vollem Umfang erfüllt. Das muß der Gerechtigkeit halber festgestellt werden. Viele aber haben sie nicht erfüllt. Wir haben die Ausgaben im Krieg durch Anleihen gedeckt. Wir standen alle damals unter dem Banner einer einmalig herrschenden Anschauung, die sich hinterher als unrichtig erwies hat. Wir glaubten eben, daß zum Kriegszwecken nur Geld gehöre, was ja ganz falsch ist, denn wir haben mit Anleihen gewirtschaftet. Nur die Zinsen haben wir durch Steuern zu decken gesucht. In der nächsten Zeit hoffen wir, uns doch mit einer erheblichen Verabminderung der Ausgaben rechnen zu können. Es bedarf es aber unter allen Umständen, daß wir sparsam wirtschaften. Die grundsätzliche Anschauung, daß es bei der ungeheuren Höhe der Kriegsausgaben auf eine Milliarde mehr oder weniger nicht ankommt, muß schwinden. Für die Gesamtheit der

fortlaufenden Ausgaben ist nach oberflächlicher Schätzung ein Betrag von 19 Milliarden gegenüber früher 5 Milliarden erforderlich. Davon, daß die Kriegsanleihen annulliert, die Sparmassen- und Bankguthaben beschlagnahmt werden sollen, ist keine Rede. Ich erkläre, daß die Reichsregierung an eine solche Maßnahme nicht denkt. Aus der Bewertung der Kriegsanleihen werden wir freilich nicht 8 Milliarden, sondern höchstens 5 Milliarden herausbringen, denn dieses Kriegsausgang ist zum Teil gestohlen, geraubt, geklündert worden.

Wir werden also darauf angewiesen sein, Bedeckung für unsere Schulden und für unsere Bedürfnisse überhaupt auf dem Wege der Steuer vorzunehmen. Für diese Steuererhebung werde ich mich von folgenden drei Gesichtspunkten leiten lassen. Die Steuererhebung möglichst im Einvernehmen mit allen Gliedern des Reiches vorzunehmen. Der zweite Gesichtspunkt ist der, daß das Steuerwesen sich in engstem Einvernehmen mit dem Wirtschaftlichen abspielen muß. Drittens soll die Steuererhebung eine soziale sein. Vor allen Dingen sollen diejenigen, die wegen Krankheit und wegen Alters nicht mehr erwerbsfähig sind, unter allen Umständen geschont werden. Dann noch ein Wort über das umlaufende Papiergeld.

Gegenüber einem Umlauf von 2 Milliarden den im Jahre 1914 haben wir jetzt einen solchen von 34 Milliarden 432 Millionen, ungerichtet das von den Nummern herausgegebene Papiergeld. Ist es da nun überhaupt möglich, daß wir dieser finanziellen Höhe jemals Herr werden? Eine endgültige Antwort kann darauf niemand geben. Das hängt ab von dem Verhalten unserer Feinde uns gegenüber und von unserem Verhalten. Es bedarf vor allem einer stilligen Erneuerung. Ich bin entschlossen, alle Machtmittel gegen diejenigen anzuwenden, die sich den Pflichten gegenüber dem Staat und dem Reich entziehen,

und ich werde den Beitrag gegen den Staat nicht milde, sondern strenger als jeden anderen betreiben. Ich glaube an den gesunden Kern unseres Volkes. Ich glaube an die geschichtliche Sendung und ich glaube an den Beruf dieser von dem gesamten Volke gewählten Nationalversammlung, voranzugehen auf dem Wege des Rechtes, auch auf finanziellem Gebiet. Ich bin davon durchdrungen, daß mich dieser Glaube nicht täuschen wird, sonst hätte ich nicht das Recht und die Kraft, die Forderungen an Sie zu richten, die ich heute an Sie richte, und die ich in noch höherem Maße an Sie richten will. (Beifall und Händeklatschen im Saal und auf den Tribünen.) Abg. Saege (Unabh. Soz.): Die Soldatenräte werden solange bestehen, wie wir ein Heer haben. Die Arbeiterräte sind keine vorübergehende Erscheinung. Beistepile in anderen Ländern bemerkt das. Sie werden für die Vorbereitung der Sozialierung wichtige Aufgaben zu erfüllen haben. Soale polemisiert dann gegen die Regierung, die er politisch und moralisch für die Beilegung des Krieges und Hoja Luxemburgs verantwortlich macht. Eschhorn wird bald hier erscheinen und dann seine Sache selbst führen. Die Weimarerde müssen sofort und lächelnd verständlich werden. Der ellaf-lohringriden Bevölkerung muß die Möglichkeit gegeben werden, durch unbedingte Zustimmung zu zeigen, zu welchem Staate sie gehören will. Es wäre ein Unglück, wenn die Entente solche Forderungen ablehnen würde. Mit den Polen müssen wir durch Verhandlungen zu einem Ausgleich zu kommen suchen.

Für die Vereinigung mit Deutsch-Oesterreich treten auch wir ein. Kolonien brauchen wir keine. Mit dem ganzen Saule für mir einig, daß unsere Kriegsgesangenen bald entlassen werden. Verteidigungsminister Nozke: Das Programm der Regierung stellt nur ein Arbeitsprogramm dar, aber ein Programm, das sich immerhin sehen lassen kann.

Freilich in den Augen derjenigen, die immer etwas finden, wird dieses Programm schlecht sein. Soale und seine Freunde haben immer von einem Eroberungskrieg gesprochen. Wir haben uns vor ihnen dabei unterworfen, daß wir mit aller Kraft versuchen, eine Niederlage hintanzuführen. In bezug auf das Verhältnis zu Rußland hat Kaustky vor einigen Monaten den Abbruch der Beziehungen zu den Bolschewisten befohlen. Diejenige Antrag daß Soale angekündigt. Es ist beschlossen worden, die Juriste der Russen nach Berlin abzuholen. Damit fallen die Vorwürfe, die Soale in bezug darauf jetzt der Regierung macht, in sich zusammen. Die Sorge für Heer und Marine ist mir übertragbar worden.

